

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Beteiligung monatlich 3.- M. bei Zustellung unter Streifen 4.- M. Die „Arbeit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate lesen die nachgehalt. Temporelle oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das Letztgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Erwerbszweck 70 Pf. Bei Familien- u. Vereinstellungen 10 Pf. der Zuschlag fest. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# STREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Gegen das russische Abenteuer.

## Der Oberste Rat gegen die Intervention in Rußland.

H. N. Gang, 16. September.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat heute morgen die Lage in Rußland besprochen und die britische Mission offiziell genehmigt. Er erklärte sich gegen ein russisches Abenteuer der Militeren und war der festen Überzeugung, daß das russische Volk seine Zukunft selbst regeln müsse und könne, wenn es die Rechte seiner Nachbarn nicht verletzt.

## Räumung über Petersburg?

Amsterdam, 16. September.

Anlässlich der Erklärung Churchill über die Räumung Rußlands, wobei er sagte, daß Kaminski freie Hand gelassen worden sei, äußern einige englische Blätter die Vermutung, daß die Räumung über Petersburg geschehen soll. Die „Times“ schreibt, daß jetzt besteht, daß vor der Räumung etwas geschehen wird. Der „Manchester Guardian“ schreibt: Möglicherweise plant Kaminski die Räumung nicht über das Eismeer, sondern über die Ostsee und eine vorbereitende Maßregel dazu ist der Aufmarsch nach Petersburg.

## Friedensbemühungen der Sowjetregierung.

Königsberg, 16. September.

Zeit Meldung der „Tiffler Zeitung“ aus Mitau haben auch die litauische und die finnische Regierung von der Sowjetregierung ein Friedensangebot erhalten. Tiffler betont, daß die Sowjetregierung keine Angriffsabsichten auf die Randstaaten habe. Er bestätigt, daß die Friedensverhandlungen mit der estländischen Regierung schon begonnen haben.

## Mannerheim mit Koltshat gegen Sowjetrußland.

Amsterdam, 16. September.

„Times“ wird aus Helsingfors gemeldet, daß General Mannerheim unter der Bedingung, daß er allein die Verantwortung für die Verteidigung Finnlands trägt und die Erlaubnis erhält, im Verein mit Koltshat die kräftigsten Maßnahmen gegen die Bolschewisten zu treffen, bereit ist, den Oberbefehl zu übernehmen.

## Englands Finanznot.

Amsterdam, 16. September.

Lord Rothermere schreibt im „Sunday Pictorial“: Lloyd George wird sich sofort nach seiner Rückkehr aus Frankreich mit der Frage der Einschränkung der Ausgaben und mit der russischen Frage zu beschäftigen. England könne nicht mit dem jetzigen Budget bis zum März weiter wirtschaften. Für den Bankrott, von dem das Land bedroht werde, sei in erster Linie die Regierung verantwortlich. Lloyd George müsse sofort mit der gewaltigen Aufgabe einer einsparnden Einschränkung der Ausgaben beginnen und an Stelle von Mr. Lloyd einen neuen Minister ernennen, dem das ganze Volk unbegrenzt Vertrauen schenke. Rothermere schlägt vor, zur Abrogation der Schuld, die England in Amerika habe, den Vereinigten Staaten die Bermuda-, die Bahama- und einige andere westindische Inseln zu verkaufen. England könnte sogar die Abtretung von Britisch-Guayana und ritisch-Guayana anbieten. Das würde zwar für England ein Schlag sein, aber wenn jemand vor dem Bankrott liehe, verkaufe er einige seiner Aktien, man müsse sich nach der Decke strecken.

## Die irische Frage.

Amsterdam, 16. September.

„Daily News“ veröffentlicht eine Unterredung mit Feldmarschall French, worin dieser erklärte, daß die irische Republik unter keinen Umständen anerkannt werden würde. Die Pläne, die Lloyd George für eine Lösung der irischen Frage habe, gingen keinesfalls über geographische Gemeindegrenzen hinaus. „Times“ verlangt von der Regierung, daß sie unverzüglich zeigen soll, daß sie geneigt ist, die irische Frage in gerechter und wohlwollender Weise zu behandeln. Wenn die jetzige Regierung die irische Frage

nicht lösen wolle, so müsse sie einer anderen Platz machen, die dazu geneigt ist.

Der Korrespondent des „Daily Herald“ meldet aus Dublin, daß in Irland fortwährend neue Truppen gelandet werden, die Panzerautomobile und Tanks mit sich führen. Die Soldaten nähmen außer in Ulster eine herausfordernde Haltung an. Kirchweihfeste und Märkte würden aus geringfügiger Ursache verboten, abends müßten zu einer bestimmten Stunde alle Läden ausgehört werden. Es sehe so aus, als ob man in Irland eine Revolution herausbeschwören wolle. Soweit werde es aber vermutlich nicht kommen, denn das irische Volk habe mehr gelernt als die Militaristen. Die Iren seien darüber erstaunt, daß die englische Arbeiterpartei aus der Räumung Rußlands soviel Wesen mache. Sie sagten, Irland wiege doch viel mehr als Rußland.

## Oesterreich nach dem Frieden.

Die „Deutschen Alpenlande“. — Eine zweite Schweiz.

Wien, 16. September.

Gestern traten die Vertreter der Länder und der Stadt Wien mit Vertretern der Staatsämter zur Sechsländer-Konferenz zusammen.

Der Vorsitzende, Staatskanzler Renner, führte aus: Nach sehr mühseligen Verhandlungen erzielten wir einen Friedensvertrag, der für unseren Staat ökonomisch und finanziell kaum erträglich ist. Die einzige Hoffnung für uns bleiben der Völkerverbund und die Wiedergutmachungskommission.

Der Staatskanzler gab dann im Namen aller dem Bedauern Ausdruck über die Verluste, die Oesterreich durch die Abtretung des schönsten Teiles der Alpenländer erleide. Er drückte jedoch zugleich die Freude darüber aus, daß hoffentlich sehr bald in der Länderkonferenz ein Vertreter des neuen Landes, des Burgenlandes, erscheinen werde. Sodann betonte er, daß nach seinem Gebietsstande der Staat wesentlich die deutschen Alpenlande darstelle, weshalb würde der Name „Deutsche Alpenlande“ dem Staat am besten entsprechen, und er werde den deutschösterreichischen Länderbestand wahrscheinlich auch verfassungsgemäß in Zukunft bezeichnen. Nachdem uns der Weg des Anschlusses im Augenblick verlegt ist, hat unser Staat dieselbe geographische, rechtliche und wirtschaftliche Lage wie die Schweiz, und es dürfte für uns zweckmäßig sein, den Staat als einen Bund sich selbst regierender Städte und Landschaften zu organisieren. Wir wollen den Gedanken der völkischen Gemeinschaft nicht etwa fallen lassen, sondern in den Herzen unserer Völker wachhalten, immer aber mit der klaren Betonung, daß dieses Ideal praktisch nur erfüllt werden kann und hoffentlich auch erfüllt werden wird im Einverständnis mit dem Völkerverbunde.

Wir wollen uns auch bemühen, die Autorität des Gesetzes herzustellen. In erster Linie kommt die Ueberzeugung des Bürgers und dann erst die Gewalt. Wir brauchen eine Wehrmacht, die ausschließlich die Wehrmacht des Staates ist. Die Arbeiterschaft hat beim Zusammenbruch selbst das Werk der Ordnung übernommen und hat sich trotz der wirtschaftlichen Not am besten gehalten. Ich glaube, daß die Räte eine sehr bestimmte achtunggebietende Stellung einnehmen können, wenn sie nach Art der Mannern organisiert der Verwaltung zur Seite gestellt werden. Was unsere Finanzen betrifft, so sind wir in einem finanziellen Chaos, das unentwirrbar erscheint. Trotz allem aber wage ich zu hoffen, daß wir uns aus unserer furchtbaren Lage herausarbeiten werden.

## Der amerikanische Botschafter für Berlin.

H. N. Gang, 16. September.

Holländisch Newsbureau meldet aus New York: Sie George Ray Anemh, der Chefredakteur der „New York Times“ ist zum amerikanischen Botschafter in Berlin ernannt worden. Die formelle Ernennung wird bald nach der Ratifizierung des Friedensvertrages veröffentlicht.

## Nach Belgien schickt die Kriegsgefangenen zurück.

Berlin, 16. September.

Die Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die belgische Regierung hat ihr grundsätzliches Einverständnis erklärt, mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Belgien zu beginnen. Zur Durchführung des beschleunigten Abtransportes finden morgen unmittelbare Verhandlungen in Köln statt.

## Das militärische Willkürregiment.

Von Wilhelm Dittmann.

Unter objektiv denkenden Politikern besteht darüber kein Zweifel, daß wir von geistlichen Zuständen in Deutschland, himmelsweit entfernt sind. Das alte militärische Willkürregiment, das sofort nach Kriegsausbruch mit der Verhängung des Belagerungszustandes einsetzte, herrscht unumschränkt weiter. So wie Bethmann im Jahre obnmächtig war gegen die Militärdiktatur der Kessel, Gahl und Genossen im Innern, so ist es jetzt Bauer gegen die Reinhard, Wittwig, Lettow-Vorbeck und Genossen, die durch ihren Willen den Reichswehrminister Roske völlig beherrschen. Die Einwirkung der Regierung durch die militärischen Machthaber ist deshalb jetzt auch die gleiche wie sie im Kriege war. In den herabsehendsten und verächtlichsten Wendungen sprechen die wahren Herrscher von denen, die formell regieren. Als Roske am 30. Mai 1918 im Reichstage auf den Fall eines Generals zu sprechen kam, der gesagt hatte: „Wir sind die Regierung, wir sind der Bundesrat, wir sind der Reichstag!“ da erklärte er noch:

„Was besondere Empörung hier im Hause hervorgerufen muß das ist der Umstand, daß nicht sofort vom Regierungstische aus erklärt worden ist, es werde Sorge dafür getragen werden, daß ein solcher Ausbruch von Größenwahn die erforderliche Bekämpfung erfährt. Wenn wir der Regierung ernsthaft glauben sollen, daß ihr daran gelegen ist, Auswüchsen, die Zensur- und Belagerungszustand zeitigen, nachdrücklich entgegenzuwirken, dann muß erwartet werden, daß ein solcher Mann so rasch wie möglich kaltgestellt wird.“

Heute steht Roske als Regierungsvertreter da und hat sich mit seinen Regierungskollegen gefallen lassen müssen, von einem der militärischen Gewalthaber, dem Oberst Reinhard, als „Gesindel“ bezeichnet zu werden. Trotzdem diese Beschimpfung der Regierung, von ihrem Urheber offen zugegeben ist, antwortet Roske jetzt auf die Mahnung Scheidemanns, den Mann fallen zu lassen, daß er „den um die Regierung hochverdienten Mann nicht über die Klinge springen lassen werde.“ Gleichzeitig haben die Regierungskollegen den Auftrag bekommen, in der Presse eine Staubwolke aus dem Schmutz zu machen, den derjenige am Steden haben soll, durch den die Äußerung Reinhardts in die Öffentlichkeit gebracht worden ist. Durch dieses Absenkungsmanöver nach den Methoden des früheren Kriegspresseamts glaubt die Regierung über die für sie so blamable Affaire hinwegzukommen. In dieser kläglichen Haltung der Regierung tritt ihre völlige Ohnmacht gegenüber den Militärs klar zutage. Darin liegt auch die Erklärung für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, auf dem die Willkürherrschaft der Militärs wesentlich beruht. Es ist dieser Tage in der Presse gesagt worden, daß nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung der Belagerungszustand absolut ungeheürlich aufrechterhalten wird. Demgegenüber lacht das offiziöse Regierungsorgan nachzuweisen, daß er noch zu Recht bestehe, denn Absatz 3 des Artikels 178 der Verfassung bestimme:

„Anordnungen der Behörden, die auf Grund bisheriger Gesetze in rechtmäßiger Weise getroffen waren, behalten ihre Gültigkeit bis zur Aufhebung im Wege anderweitiger Anordnung oder Gesetzgebung.“

Das offiziöse Regierungsorgan hat aber vergessen, den Nachweis zu erbringen, daß der Belagerungszustand und die Anordnungen auf Grund des Belagerungszustandes wirklich „in rechtmäßiger Weise“ erlassen worden sind. Ein solcher Nachweis ist eben nicht zu erbringen. Der Gegenbeweis jedoch ist längst erbracht, daß der Belagerungszustand, auch während des Krieges, noch keine Minute zu Recht bestanden hat und alle drafonischen Anordnungen und Maßnahmen, die sich auf den Belagerungszustand stützen, in Wahrheit nackte Willkürakte sind. In meinen Reichstagsreden zu Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft habe ich diesen Nachweis Punkt für Punkt an der Hand der Akten des preussischen Landtages über die Entstehungsgeschichte des preussischen Reiches über den Belagerungszustand erbracht. Und der mir die Wichtigkeit meiner Darlegungen ausdrücklich bestätigte, ist der heutige preussische Minister des Innern, der damalige Abgeordnete Heine. So erklärte Heine z. B. am 18. Januar 1918 im Reichstage:

„Wendigt ein Ich nur, noch etwan aus Gern, vor dem  
Ich oft hier vor diesem Hause gesprochen und bewiesen hat, daß  
im juristischen Sinne nicht gerade fremd sind, ausdrücklich dem  
zustimmen, was der Herr Kollege Dittmann als Nichtjurist,  
mehr aus politischen Gesichtspunkten gesagt hat, und es zu unter-  
zeichnen.“

Rechnliche Wendungen, in denen er meinen Beweis-  
führungen über die Ungefehrlichkeit der Aufrechterhaltung  
des Belagerungszustandes ausdrücklich zustimmte, lassen sich  
aus Heine's Reichstagsreden noch verschiedentlich anführen.  
Heute aber deckt er die ungefehrliche Aufrechterhaltung des  
Belagerungszustandes mit seinem Namen „als Jurist...“  
der bewiesen hat, daß ihm juristische  
Dinge nicht gerade fremd sind! Sollte es  
jemand unternehmen, den Nachweis zu versuchen, daß heute  
die Dinge anders lägen in bezug auf die Gefährlichkeit des  
Belagerungszustandes, dann bin ich bereit, auch im  
Detail den Gegenbeweis zu führen; einstweilen genüge  
das Gesagte. Heine und Roske sind eben beide Ge-  
fangene der Militärs; die Geister, die sie zu ihrer  
Hilfe herbeigerufen haben, werden sie jetzt nicht wieder los-  
lassen. Die Militärs sind aus ihren Dienern zu ihren Herren ge-  
worden. Der Belagerungszustand, so wie er gehandhabt wird,  
funktioniert diesen Zustand, stellt die Militärgewalt über die  
Zivilgewalt, bereivigt die militärische Willkürherrschaft.

Solange dieser Zustand besteht, ist nicht daran zu denken,  
aus dem Chaos herauszukommen, in das Deutschland durch  
den Krieg gestürzt worden ist, denn — so sagte Heine am  
18. Januar 1916 sehr richtig im Reichstage:

„Die Militärdiktatur ist eine unfereim Volle vollkommen  
fremde Sache, ein ganz unorganisches Gebilde und hat keinen  
inneren Zusammenhang mit unfereim Volkleben, kann insolge-  
dessen auch keine feste Einsicht, keinen einheitlichen Willen und  
insolgedessen in ihrem Handeln gar keine Wirkung haben.“

Heine verglich sie mit dem Riesen im Goetheschen Mär-  
chen, der überall, wohin sein Schatten fällt, Unheil anrichtet,  
und Heine fügte hinzu: „So ist es mit dem Belagerungs-  
zustand.“

Auch Roske hat sich damals der gleichen Einsicht nicht  
verschließen können. Am 30. Mai 1916 sagte er im Reichs-  
tage:

„Die Regierung sollte doch aus ihrer früheren Erfahrung  
nicht ganz vergessen haben, daß langdauernde Unterdrückungs-  
maßnahmen in jedem Falle Gegenstand hervorrufen und be-  
weisen, daß schließlich eine unerbittliche Tätigkeit entfolgt  
wird.“

In derselben Rede bezeichnete es Roske als Tatsache,  
daß Zensur und Belagerungszustand, wie sie in Deutsch-  
land bisher gehandhabt worden sind, zwecklos und schädlich sind.“

Solange Heine und Roske nicht zu diesen ihren früheren  
Anschauungen zurückkehren und nicht in andere sind, in  
Preußen und im Reich entsprechend zu handeln,  
solange ist an eine Konsolidierung unserer inneren Verhält-  
nisse nicht zu denken, solange wird der unüberbrückbare  
Gegensatz zwischen dem militärischen Willkürregiment und  
der klassenbewußten Arbeiterkraft die ganze innerpolitische  
Situation beherrschen.

### Agarische Provokationen.

Wie die monarchistischen Offiziere der Reichswehr mit  
allen Mitteln auf eine gewaltsame Wiedereinführung der  
alten Ordnung hinarbeiten, so betreiben auch die ihnen nahe-  
stehenden Bluts- und Gefinnungsgenossen, die Agrarier,  
aus eifrigste die Wiederaufrichtung der am 9. November  
erschlagenen Herrschaftsverhältnisse. Wie konnten schon vor  
einigen Tagen die Mitteilung machen, daß die pommer-  
schen Agrarier zu offenen Obstruktion gegen die  
Maßnahmen der Regierung übergegangen sind und die er-  
lassenen Verordnungen, die das Arbeitsverhältnis  
zwischen den Landarbeitern und den Gutbesitzern regeln  
sollen, einfach als ungefehrlich und für sie nicht maß-  
gebend bezeichneten. Bisher ist noch nicht bekannt geworden,  
welche Schritte die Regierung gegen die auffässigen Agrarier  
unternommen hat. Jedenfalls tritt sie ihnen nicht mit dem  
gleichen gewaltsamen Nachdruck entgegen, den sie sonst bei  
ihrem Vorgehen gegen die Arbeiter anwendet.

Inzwischen hat sich, wie der „Vorwärts“ mittelt, die  
Bage in Bonnern wesentlich verschärft. Aus der  
Weigerung der Agrarier, die Tarifverträge mit den Ar-  
beitern einzuhalten, sollen möglicherweise Komplika-  
tionen entstehen können. Daß die Junker auf einen  
offenen Kampf mit der Regierung hinarbeiten, geht zur Ge-  
nüge aus der agrarisch-konservativen Presse hervor. So  
veröffentlicht die „Kölnische Rundschau“ in ihrer gestrigen  
Abendausgabe einen Leitartikel, der das Vorgehen der  
Junker belächelt und sie zum energischen Kampf gegen  
die „Parteiregierung“ anspornt. Die Agrarier frondieren  
sowohl gegen die Anordnungen des Landwirtschaftsministers  
Braun als auch gegen den Minister des Innern, Herrn  
Heine, von dem doch gewiß nicht gesagt werden kann,  
daß er die Junker bisher zu scharf angefaßt hätte. Ihr  
Hauptstich richtet sich gegen gewisse demokratische Neuerungen  
in der Verwaltung, sie wollen sich nicht von der Futter-  
krippe drängen lassen, an der sie seit Jahrzehnten saßen  
und dabei ungehindert das Volk schröpfen konnten. Die  
„Tägliche Rundschau“ schreibt darüber:

„Um ein Gegengewicht gegen die Proletarisierung  
der Verwaltungsbürokratie zu schaffen, haben sich Land-  
wirte und auch sonst vaterländisch gesinnte Kreise innerhalb  
begrenzter Verwaltungsbereiche zur Selbsthilfe entschlossen,  
indem sie ihrerseits für die politische Organisation Verwaltungsbereiche  
bestimmte anstalten, welche die Landwirte allen Schlägen zu ersetzen  
geeignet erscheinen. Die neuzeitlichen Genossen-Landräte werden  
dadurch in ihrer Tätigkeit erheblich erleichtert, was ihnen um so  
erwünschter erscheinen wird, weil sie nach ihrer und auch der Re-  
gierung Auffassung als Landräte in weitaus erster Linie die  
Stellung als sozialdemokratische Parteiagitatoren  
ausfüllen müssen. Daß diese schamlose Mißwirtschaft, die jetzt bei  
der Besetzung höherer und höchster Verwaltungsposten betrieben  
wird, in näherer Zeit zum Zusammenbruch des neuen Verwaltungs-  
systems führen muß, unterliegt nicht dem mindesten Zweifel. Die  
Landwirtschaft lehnt es aber begreiflicherweise ab, sich zum Mit-  
schuldigen zu machen. Was der Minister des Innern ansehn, wo-  
her er die Kräfte zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben erhält;  
der Landwirtschaft kann nicht zugemutet werden, daß sie sich damit  
der neuen Wahlrechtsverfassung auch in denjenigen Körperstellen  
mundtot machen läßt, in denen ihre Interessen diejenigen aller  
anderen Erwerbsstände weit überwiegen. Je bestimmter die Land-  
wirte die Mitarbeit an dem neuen Staatswesen ablehnen, um so

unwecker dürfen sie hoffen, wieder zu geordneten Zuständen zu ge-  
langen.“

Das ist schon keine offene Fronde mehr, sondern ein  
systematisches Unterwühlen der neugeschaffenen Zustände.  
Die Junker fühlen sich stark genug, eigene Verwal-  
tungsförperschaften zu bilden, denen sie die Auf-  
gabe zugewiesen haben, ihre selbstständigen Interessen nach  
der Art der Hohenzollernregierung zu regeln. Sie er-  
kennen die Republik und ihre Gesetze einfach nicht an und  
treiben agrarische Politik auf eigene Faust. Wir sind neu-  
gierig, ob die Regierung sich stark genug fühlt, diesem  
frechen Treiben ein Ende zu machen.

### Die Folge der Provokationen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben im Kreise  
Osnabrück auf einer größeren Anzahl von Gütern  
gestern vormittag Arbeitseinstellungen stattgefunden.  
Als Ursache dieser Arbeitseinstellungen sind Maßnahmen von  
Arbeitern wegen gewerkschaftlicher und politischer Betätigung an-  
zuführen. Eine Gefährdung der Ernte schloß aus, da diese reiflos  
gedorren ist. Die maßgebenden Stellen sind seit längerer Zeit  
über Maßnahmen von seiten der Arbeitgeber gegen-  
über den Arbeitnehmern unterrichtet. So hat die Arbeitsgemein-  
schaft der ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Provinz  
Brandenburg noch in den letzten Tagen auf die Ungültigkeit sol-  
cher Entlassungen hingewiesen. Dieser Hinweis scheint aber bei  
einem größeren Teil von Arbeitgebern leider keine Beachtung ge-  
funden zu haben.

### Der Fall Reinhard.

Zum Fall Reinhard wird von zuständiger  
Stelle mitgeteilt:

Die letzten Erklärungen des Offiziersstellvertreters Reu-  
dorf haben den in Frage kommenden Stellen Veranlassung ge-  
geben, nochmals in eine Nachprüfung der Persönlich-  
keit Reuendorfs einzutreten.

Außerdem wird erklärt, daß Oberst Reinhard bereits vor  
längerer Zeit dem Reichswehrminister Roske seine Demission  
für den Fall angeboten hat, daß das Verbleiben in seiner Stellung  
unerwünscht sei. Damals hat der Reichswehrminister Roske  
Oberst Reinhard gebeten, auf seinem Posten zu bleiben  
und seinen schweren Dienst fortzuführen. Oberst Reinhard hat  
damals dem Wunsch Roskes Folge gegeben.

Diese Entschuldigung gilt nicht. Es war an sich schon  
eine Gemeinheit, die anständigen Menschen nicht  
begeben, auf eine politische Anklage mit persön-  
lichen Verdächtigungen zu antworten. Es ist eine noch  
größere Gemeinheit, dabei so unverantwortlich  
leichtfertig verleumdet zu haben, wie es die Roske-  
regierung getan hat.

Daß Oberst Reinhard selbst seine Demission ange-  
boten hat, beweist wohl, daß er Grund genug hatte, zu  
glauben, sein Verbleiben in einer republikanischen Truppe  
sehr nicht gut möglich. Roske aber hat den reaktionären  
Monarchisten gebeten, zu bleiben. Damals, wie heute  
erweist sich Roske als kräftigster Förderer der  
monarchistischen Gegenrevolution.

### Die Unruhen in Waldenburg.

Wie wir in der gestrigen Morgenausgabe meldeten, ist es am  
Sonntag vormittag in Waldenburg (Schlesien) zu Unru-  
gebungen gegen die Teuerung gekommen. Das Volk-Bureau  
hat bei dieser Gelegenheit die Öffentlichkeit wieder in grober  
Weise irreführt. Es verbreitete die Nachricht, die Menge hätte  
einen Sturm gegen das Rathaus unternommen und dabei  
auch Handgranaten geworfen. Wie sich jetzt herausstellt,  
ist die Polizei zuerst gegen die Menge, die vor dem Rathaus Auf-  
stellung genommen hatte, um ihre Forderungen vorzutragen,  
gewaltsam vorgegangen. Dabei wurden insgesamt drei Personen  
getötet und vier schwer verletzt. Die Arbeiterschaft war darüber  
so heftig empört, daß in einigen Betrieben die Arbeit eingestellt  
wurde.

Waldenburg liegt im Zentrum des niederschlesischen Stein-  
kohlengebiets und ein Streik könnte daher die schwersten  
Folgen für unser Wirtschaftsleben haben. Gegenwärtig schwebt  
in Waldenburg Verhandlungen über die Zurückziehung des Will-  
tärs. Es soll eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob der  
Generalkriegsminister verhandelt werden soll oder nicht. Dörfling,  
der Staatskommissar für Schlesien, nimmt an den Verhandlungen  
teil. Hoffentlich lehren die maßgebenden Stellen nicht wieder den  
brutalen Herrschaftspunkt hervor. Im niederschlesischen  
Kohlengebiet ist es seit Ausbruch der Revolution noch zu keinen  
Streikerhebungen gekommen, obwohl die dortige Arbeiterschaft von  
allen Arbeitern im Steinkohlenbergbau am schlechtesten bezahlt  
wird.

Gegenwärtig ist in Waldenburg alles ruhig. Arbeiter-  
patrouillen, die von Polizisten begleitet werden, halten in den  
Straßen die Ordnung aufrecht.

### Amerikanische Enthüllungen.

Dang, 16. September.

Wie „New York Courant“ aus Washington meldet, hat  
das frühere Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation in  
Paris, William Bullitt, im Senatsauschuß für  
auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß Lenin  
einen Waffenstillstand vorgeschlagen habe. House und Smith  
sollen damit einverstanden gewesen. Lloyd George habe den  
Widerstand der Royalistische Presse geschildert und  
die Entsendung des einen oder anderen Konservativen nach Rus-  
land vorgeschlagen, um die Lage zu untersuchen. Der Vorschlag  
sei aber nicht zur Durchführung gekommen, weil Roosevelt damals  
gerade Fortschritte gemacht habe. Bezüglich der Erklärung Lloyd  
Georges im Unterhaus, daß die Sowjetregierung niemals Friede-  
nangebote gemacht habe, sagte Bullitt, dies sei ein besonderer  
Fall von Verfälschung der öffentlichen Meinung. Lloyd George  
habe die Absicht gehabt, das Angebot der Sowjetregierung zu be-  
fürworten, habe aber erfahren, daß Royalistische und Churchil-  
lerseits die Absicht hätten, seine Politik zu durchkreuzen, wenn  
er das Angebot annehmen würde. Die beabsichtigte Zusammen-  
kunft auf der Insel Prinzipio sei auf Ersuchen Lloyd Georges  
fallen gelassen worden. In den Originalentwurf des Völker-  
bundes sei der Grundgedanke des Selbstbestimmungsrechtes der Völker  
zur Motivierung von Gebietsveränderungen eingeführt worden, in  
den Originalentwurf sei auch ein Artikel aufgenommen worden,  
worin das Recht zur freien Fahrt auf dem Meer gesichert wird.

Die „New York Sun“ schreibt, die Erklärung Bullitts  
dem Friedensvertrag einen schrecklichen und dem Völker-  
bunde einen tödlichen Schlag versetzt. Die „New York

„Tribune“ sagt, es sei möglich, daß der Friedensvertrag ab-  
geworfen werde oder daß so drastische Änderungen angenommen  
würden, daß der Präsident sich weigern werde, ihn an die Allii-  
ten zu schicken.

### Der „weiße Terror“ in Riga.

Die „Welt am Montag“ brachte in ihrer letzten Nummer  
folgende Schilderungen eines Reichsdeutschen, der nach langer  
Aufenthalt in Riga zurückgekehrt ist:

Ueber die bolschewistischen Gräueltaten im „roten“ Riga hat  
die deutsche Presse ihre Beser in Wort und Bild ausführlich, wenn  
auch zum Teil in übertriebener Weise, unterrichtet, während sie  
hingegen die „Weißentaten“ die die „Weiße Garde“ im „roten“  
Riga sich erlaubt, ganz und gar todschweigend. Ungeheuerlich haben  
die Bolschewisten in Riga für die „Bourgeoisie“, deren Vernichtung  
sie nun einmal verfolgen, eine wahre Schreckensherrschaft errichtet,  
aber zweifelsohne war der Mord- und Blutdurst der  
„Weißen“, wie die Tatsachen beweisen, nicht minder groß,  
ohne zu übertreiben, daß man als ruhiger und unparteiischer Be-  
obachter, zumal man selbst mitten in dem baltischen Herrenstiel ge-  
setzt hat, die Behauptung aufstellen, daß die „Weißen“ als  
Kulturvolk sich noch schlimmer benommen haben als die „ro-  
tischen Banditen und Wegelagerer“; in Wirklichkeit ward in Riga  
der „rote“ Terror durch den „weißen“ abgelöst.

Nach der Eroberung Rigas durch die „Baltische Landeswehr“  
und „Eiserne Division“ (22. Mai d. J.) fanden tagtäglich so große  
Rassenschauspiele statt, daß in wenigen Tagen alle  
Rigauer Gefängnisse überfüllt waren. Männer und Frauen wur-  
den von der Straße weg unter Beschimpfung und Bedrohung mit  
der Waffe auf die bloße Deunung irgendeines Passanten hin  
verhaftet, zur nächsten Wache geführt und von hier in der Regel  
ohne Verhör sofort ins Gefängnis gesteckt. Hier mußten sie drei  
bis vier, und viele sogar fünf bis sechs Wochen lang bei Mangel  
an Nahrung und 150 Gramm Brot (täglich), zu 10—15 Mann in einer  
Zelle zusammengepackt ihr Hungerleben fristen. Jetzt hat sich  
herausgestellt, daß rund 2000 Menschen unschuldig wegen Kom-  
munistenverdachts verhaftet und inhaftiert worden sind. Die  
schweren Kriminalverbrechen haben sie in den typischen Gefängnissen  
hungern müssen, jeden Tag gewürgt, vors Standgericht ge-  
schleppt, durchgepeitscht und innerhalb 24 Stunden erschossen zu  
werden.

Wie man im Standgericht arbeitet? Das spottet jeder  
Beschreibung. Was sich da „Kulturmenschen“ geleistet haben, ist  
geradezu ungläublich. Hier spielte ein baltischer Baron  
v. Mantewell neben anderen baltischen Baronen und deut-  
schen Offizieren eine Hauptrolle. Ein Verhör fand in der  
ersten Tag überhaupt nicht statt, und später war es  
schlecht, wenn es überhaupt dazu kam, nur oberflächlich. Die Be-  
schäftigten hatten in der Regel auf die Frage: „Sind Sie Kom-  
munist?“ einfach mit „Ja“ zu antworten. Ein Verteidiger mußte  
ihnen nicht zur Seite und, wenn sie selbst etwas zu ihrer Verthei-  
gung beibringen wollten oder um Verhör ihrer Zeugen bitten, mußten  
man ihnen mit vorgeschaltener Peitsche und Revolver „Maß  
halten!“ entgegen. In vielen Fällen, wie Schreiber dieses  
durch Ausfragen der zum Tode Verurteilten einige Stunden vor  
deren Erschießen feststellen konnte, verhielt man im Standgericht  
wie bei den Kommunisten Verurteilten so lange durch, bis sie sich als  
Kommunisten bekannten, ganz gleich, ob sie nun tatsächlich „Kom-  
munisten“ waren oder nur als harmlose Angestellte unter dem Druck  
der roten Diktatur irgendeinen Nebenposten bekleidet hatten und  
im stillen sogar Gegner des Bolschewismus waren. Sogar  
rechtlich erschossen gleich bei der Verhaftung wurden in der  
ersten Zeit nach Rigas „Befreiung“ täglich im Durchschnitt mit  
höchstens 100 Personen. Die richtigen Verurteilten erwirkten  
man selten und, was dies der Fall, so mußten sie sich in den  
meisten Fällen durch Verletzung Freiheit und Leben zu erkaufen.

Wie viele unschuldig erschossen worden sind, ist bis jetzt leider  
noch nicht festgestellt.

Die sogenannten Hintertücker und richtigen Bolschewisten  
wurden vor dem Standgerichtlichen Erschießen oft halb zu Tode ge-  
peitscht, und auch unschuldig Verhaftete bot wohl noch  
wochenlang mit einem schmerzenden, blauschwarzen geschlagenen  
Rücken und einer in denselben Farben schillernden Verletzung  
des Rückens an des barbarische Standgericht-Verhör“ zurück-  
gedacht. In einem Tage wurden 33 Mann zum Tode Verurteilt  
begnadigt. Am folgenden Morgen wurden alle 33 Mann von der  
Baltischen Landeswehr erschossen.

Eine geradezu ungläubliche barbarische Behandlung wurde  
von seiten ihrer „Besten“ und „Kameraden“ jenen bedauern-  
werten unglücklichen Eingekerkerten angeteilt, die feinerge-  
heim so schnell erfolgten Einzige der Bolschewisten in Riga  
(3. Januar 19) in Gefangenschaft geraten waren.

Wie behandelt man nun im „roten“ Riga diese von der  
Bolschewisten gefangen genommenen deutschen Soldaten, die mit  
Knapper No dem Tode entgingen, sich auf übige Weise unter  
Dünge und allen möglichen Entbehrungen mühsam durchgehül-  
gen hielten? Antwort: man hielt sie fast alle für die schlimmsten  
Bolschewisten, verhaftete sie, erschoß sie vielfach. Am 20. Mai  
abends 6 Uhr, wurde im Zentralgefängnis — ein hiesiger  
Mähringischer Landsturmann (Hamilienwarter) wegen angeblich  
bolschewistischer Betätigung von baltischen Kriegsver-  
willigen erschossen. Eine halbe Stunde nach dieser Ver-  
dantat traf auf dem Hinrichtungsplatze die — — — Vogelmilch-  
gung des Majors Flechter, des Kommandeurs der Balti-  
sche Wehr ein. In spät! Der deutsche Landsturmann lag  
rechts in seiner leuchtenden Uniform zwischen den gleichzeitig  
ihn erschossenen Bolschewisten und Hintertücker.

Der Besatzung des Gefängnisses vergiessen sie, nie in selbsten  
gangen Leben! — — —

Kann Frage ich die Beser: Hat in Riga am 22. Mai d. J. nicht  
ein „weißer“ Terror den „roten“ abgelöst, haben die „Weißen“  
sich streng genommen als Kulturvolk nicht schämliche „Weißen-  
entaten“ erlaubt als die allwissenden „roten Teufel“?

### Ein Besuch im französischen Gefangenenerlager.

Herr Major Draudt, der Vorsitzende des Hauptstabs-  
schiffes für Kriegsgefangene der deutschen Friedensdelegation  
teilt uns zu unserer Notiz am 12. September unter obigen  
Titel folgendes mit:

„Ich fasse meine Pflicht als erster Bote der Heimat, der ge-  
fangenen Soldaten, dahin auf, sie objektiv über den Ent-  
wicklungsgang Deutschlands seit der Revolution zu orientieren.  
einer politischen „Beeinflussung“ habe ich mich als unzureichend  
mit meinen demokratischen Pflichten streng ferngehalten. Welche  
Partei sich die deutschen Gefangenen anschließen werden, wenn sie  
in die Heimat zurückgeführt sind, muß meines Erachtens ihrem  
freien Ermessen anheimgestellt werden, nachdem sie sich selbst an  
Ort und Stelle ein Urteil haben bilden können.“

Wir nehmen von diesen Erklärungen des Herrn Majors  
Draudt, an denen wir nicht im geringsten zweifeln, gerne  
Kenntnis.

# Der französische Gewerkschaftskongress.

Verfaßtes, 16. September.

Gestern wurde in Lyon der nationale Gewerkschaftskongress eröffnet. In der Eröffnungsrede wurde eine sofortige Amnestie verlangt und dem russischen Proletariat, das für seine Freiheit kämpft, die Symbole der französischen Gewerkschaften überreicht.

In seiner Eröffnungsrede zu den Verhandlungen des nationalen Kongresses des allgemeinen Arbeiterverbandes Confédération Générale du Travail in Lyon sagte P. L. Long: „Der heutige Kongress übertrifft alle anderen an Bedeutung. Er muß Richtlinien geben für die neue Tätigkeit der Arbeiterbewegung und die erste Frage der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung sowie auch Richtlinien für die Aktivitäten der Gewerkschaften; denn die arbeitende Klasse muß wissen, daß sie imstande ist, Organisationen zu schaffen, die ihr Ziel erreichen können.“ In der Nachmittags-Sitzung wurde die Tagesordnung eröffnet. Generalsekretär Jouhaux erklärte: „Wir wollen, daß dieser Kongress ein Urteil darüber fällt, ob wir die Arbeiterbewegung vertreten haben oder ob wir die Gewerkschaftsbewegung Frankreichs in Bahnen geleitet haben, die auch der Kongress gehen kann. Der Gewerkschaftskongress muß klar zum Ausdruck bringen, ob die gewerkschaftliche Theorie sich mit den jetzt herrschenden sozialen Theorien deckt. Wir müssen jetzt ein für allemal auf nationale und internationale Arbeit ein Programm entwerfen. Der Kongress wird durch das, was er beschließt, eine große Verantwortung auf sich laden. Wir müssen die moralische Ordnung unseres Landes wiedergewinnen, denn sie herrscht ja auch in anderen Ländern, und deshalb ist es notwendig, ein klares Aktionsprogramm zu haben. Wenn ihr nicht dazu gelangen würdet, eine machtbare Theorie aufzustellen, dann würdet ihr die Arbeiterbewegung auf einen toten Punkt bringen.“

Tomasi streift die Ereignisse vom 21. Juli und sagt, der Widerstand sei hervorgerufen worden durch einige Mitglieder des Bureau, die vor Clemenceau gezittert hätten. Er macht Jouhaux und das Bureau direkt dafür verantwortlich. Seine Überzeugung sei, daß die Mehrheit der Geschäftsführung den Streik trotz allem gewollt habe. Tomasi selbst erklärt, daß es gewesen sei, der die Einstellung der Streikbewegung vertreten habe. Bonet, Sekretär der Bergewerkschaft, sagt, man habe viel Wasser in den Wein gegossen. Am 21. Juli hätten die Führer der Bewegung Gelegenheit gehabt, zu zeigen, was sie wollten, sie seien schwach gewesen, und die Folge davon sei, daß die Organisation in Unordnung geraten sei. Er tritt für die revolutionäre Bewegung ein. Man müsse vorgehen wie in Rußland und Ungarn, sonst sei es zu spät.

Die Aussprache wird hierauf auf Dienstag vormittag vertagt, nachdem der Bericht des Mandatsprüfungsausschusses angenommen worden war. 1807 Gewerkschaften sind vertreten, wovon 1151 im Juli 1918 vertreten waren. Heute umfaßt die C. G. T. 41 nationale Föderationen und 67 Departementsvereinigungen, 28 nationale Föderationen und 42 Departementsvereinigungen im Vorjahre.

# Die Erschießung der Münchener Geiseln vor Gericht.

Die Plädoyers der Verteidiger.

Als erster der Verteidiger nahm Rechtsanwalt Dr. Zell. Er wandte sich in längeren Ausführungen gegen das hoherrichterliche Gericht, das er als nicht zuständig bezeichnete. Nach Artikel 7 der Reichsverfassung hat das Reich allein die Strafgewalt, wobei gemäß Artikel 18 Reichsrecht Landesrecht bricht. Nach Artikel 115 sind Ausnahmegerichte unzulässig. Richter kann keinen gesetzlichen Richter entzogen werden. Zuständig nach dem § 80 des O.G. für Nord ist nur das Schwurgericht. Statt dessen stehen diese Angeklagten vor dem Volksgericht, also vor einem Ausnahmegericht, welches die Reichsverfassung nicht kennt und nicht zuläßt. Der Verteidiger tritt dann für Petermaier ein, der die bekannte Resolution des 1. Januarierkongresses entgegengenommen und an Kaiser Wilhelm telegraphisch woraus dieser die Erschießung der Geiseln veranlaßt hätte. Petermaier sei aber durch Zeugenaussagen festgesetzt, daß die in Rede stehende Resolution auf der Zeit Ende April 1918 stammt, also lange vor der Erschießung der Geiseln im Ludwigs-Park stattfand. Diese Resolution war Gegenstand der ständgerichtlichen Verhandlung gegen Petermaier. Die Anklage gegen ihn war seit dem 1. Juli 1919 nicht mehr haltbar. Es ist bewiesen, daß Petermaier im Kontakt gedandelt und nach Zeugenaussagen sich beteiligt habe, die Resolution entgegenzunehmen und weiter zu geben, indem er erklärte: „Nehmt lasch ich mich erschießen, als das ich das tue.“ Aus allen diesen Gründen heraus müsse Petermaier freigesprochen werden.

Rechtsanwalt Loewenfeld, der Verteidiger des Hauptangeklagten Fritz Seidl, wies zunächst darauf hin, daß dieser keine aktive Rolle gespielt habe. Der junge Seidemann, der die Anklage übernahm, sei nicht schuldig. Seidemann, der wohl wußte, daß es um einen Kopf gehe, habe versucht, sich dadurch reinzuwaschen, daß er die weiteren Angeklagten, namentlich Seidl, nach Kräften beschütze. Und doch habe Fritz Seidl aus eigenem Ermessen die Erschießung nicht ausgeführt, sondern er habe nur noch einem Brief, der ihm vom Oberkommando wurde, gehorcht. So lautet das Verdict die Tat nicht als Mord bei diesem Angeklagten. Im schlimmsten Falle könne es sich bei ihm um ein Verbrechen oder um ein Verbrechen des Hochverrats handeln, und aus allen diesen Gründen heraus müsse Fritz Seidl freigesprochen werden.

Unter allgemeiner Spannung eröffnet sodann Rechtsanwalt Riedel das Wort. Er behauptet, daß gegen die Angeklagten ein viel zu hartes Verurteil bestehe. Das sei dadurch hervorgerufen, daß man die öffentliche Meinung schon vor dem Verbrechen, aber auch während des Prozesses unrichtig informiert habe. Der Hauptangeklagte Seidl sei in der Verhandlung keineswegs nicht als des Scheitels unwürdig, als das er bereits vorher in der Öffentlichkeit geäußert habe. Er sei an dem Verbrechen weniger beteiligt als viele andere. Riedel wird dann mit einer groß angelegten Schilderung der Vorgänge, den Vorgängen, die zur Abhandlung des Falles führten, sowie denjenigen, welche die Anklage in Berlin, die Ermordung des Oberleutnants Klüber in Halle und der Ermordung des Ministers Reuring in Dresden heraufbeschworen und behauptet, daß die Reaktion mit ihrem wilden Treiben gegen die Revolution die Geiselnorde unzulässig verschuldet habe. Den Angeklagten seien die Ermordung seines eigenen Bruders, der Frau Luxemburgs und die Erschießung von Mitgehabten der R. F. D. in Berlin vorausgesetzt. Weiter erörtert der Verteidiger auch die Vorgänge in Bayern und kommt zu dem Schluß, daß der Vorfall im Gymnasium rein aus politischen Gesichtspunkten heraus begangen worden müßte. Die schrecklichen Begleitumstände seien keineswegs nicht schwedischer, als die bei der Ermordung der russischen Revolutionäre von 1910. Seidls Schuld an der Erschießung sei keineswegs festgesetzt. Riedel beantragt

unter in erster Linie die Freisprechung Seidls, das seine Ueberweisung an ein ordentliches Schwurgericht. Darauf folgen die Plädoyers der übrigen Verteidiger, und schließlich erhalten die Angeklagten das letzte Wort. Sie betonen alle ihre Unschuld an der Erschießung der Geiseln. Großen Widerstand erweckt insbesondere die Rede Fritz Seidls. Er weist auf sein mangelndes Leben hin, bekämpft sich stolz dazu, ein „Hochverräter“ im bürgerlichen Sinne zu sein; niemals aber sei er ein Geiselnörder. Er zittere vor dem Tode nicht, den er als Hochverräter erleben sollte, aber den Tod als Mörder verleihe er nicht.

Seidl schließt mit den Worten: Ich bin also kein Mordtäter, kein Feigling, kein Raubmörder. Ich habe keine Schuld am Geiselmord, und dafür, daß ich als Anführer dieser Tat dastehende, die ich verhindern wollte, dafür soll ich jetzt zweimal zum Tode verurteilt werden. Wenn Sie das alles in Betracht ziehen, meine Herren, dann kann ich nicht derjenige sein, als der ich Ihnen hingestellt wurde. Es ist das erste Mal in meinem Leben, daß meine Ehre denart bedroht wurde. Bisher war kein schwacher Fied an meinem Namen; ich habe nichts mehr zu sagen.

Nach der Rede Seidls verläßt der Vorsitzende, daß das Urteil im Prozeß am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr gesprochen werden wird.

# Groß-Berlin.

## Die Demonstration für die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Die Geschäftsinhaber wollen bekanntlich am Mittwoch für den freien Handel demonstrieren, die Zwangswirtschaft soll aufhören. Damit wäre dem Bürger Lür und Lor geöffnet. Beispiel: Eier, Fische und Leder. Man verachtet nun noch fortgesetzt, unter den Inhabern von Geschäften Stimmung zu machen, daß sie sich am Mittwoch an dem Proteststreik beteiligen und ihre Läden an diesem Tage geschlossen halten sollen. Erfreulicherweise schienen aber recht wenige auf diese Aufforderung reagieren zu wollen. So wird um 3. U. von der Freien Vereinigung der Bäckermeister geschrieben, daß sie sich an dieser Protestaktion nicht beteiligen wird. Diese Vereinigung wird im Gegenteil am Mittwoch nachmittag 5 Uhr im Clubhaus, Olympstraße 2, eine Versammlung von Bäckermeistern einberufen, in der Bericht vom Verbandstag des Verbandes der Freien Vereinigung gegeben wird, der sich auch weiter für die kommunale Belieferung von Rohmaterialien ausgesprochen hat. Auch die Mitglieder des Deutschen Händlerverbandes, bei denen man Stimmung für die Demonstration am Mittwoch zu machen versucht, stehen auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft jetzt noch verfrüht ist, sondern nur durch energisches Zugreifen vonseiten der Regierung oder der Kommune etwas Ersprißliches auch für die minderbemittelte Bevölkerung heranzubringen ist. Die Mitglieder des Deutschen Händlerverbandes beteiligen sich daher nicht an der Demonstration. Ebenso erklärt der Bund sozialistischer Handel- und Gewerbetreibender einen Aufruf an seine Mitglieder, sich nicht an dem Proteststreik zu beteiligen. Er kennzeichnet ihn sehr richtig als ein Maßwerk der Reaktion. In einer besonderen Verammlung wird der Bund zur Frage der Kommunalisierung Stellung nehmen.

Wir glauben bestimmt, daß sich außerdem der größte Teil der Lebensmittelgeschäfte diesem Streik nicht anschließen und seine Läden auch am Mittwoch offen halten wird. Die meisten Inhaber dieser Geschäfte werden wohl schon begriffen haben, daß dieser Streik nur im Interesse des Großhandels inszeniert worden ist und sich gegen die sozialistische Arbeiterklasse richten soll. Die einschlägigen Ladeninhaber, die ihrer sozialen Stellung gemäß ebenfalls zur Arbeiterklasse gehören, werden sich nicht als Brellbock des Großhandels benutzen lassen.

## Zweierlei Maß beim Straßenhandel.

Zur Ergänzung und weiteren Illustration unseres in Nr. 244 gedruckten Artikels „Der Kampf gegen den Straßenhandel“ teilt uns ein Leser mit, daß durchaus nicht gegen alle Straßenhändler vorgegangen wird, daß man vielmehr auch hier mit zweierlei Maß mißt.

Es ist bekannt, daß an der Mühl- und Kaiser-Wilhelm-Straße alle das Handeln von den Soldaten und speziell dem Jungführer, die dort Ordnung zu schaffen haben, „stillschweigend“ geduldet wird, und zwar von Leuten, die vom Kriege zum Teil nicht gesehen haben, die es aber verstehen, infolge ihres „Talents“ jedesmal die Situation richtig auszunutzen. Trotzdem die Betroffenen erst seit etwa einem Vierteljahr handeln, ist es vorgekommen, daß andere, ältere, kriegsbeschädigte Händler, wenn dieselben des Morgens eher da waren, beim Erscheinen von den Regierungssoldaten verwiesen, ja sogar zur Wache mitgenommen wurden, während die anderen Händler dort stehen dürfen. Warum, so fragt der Einsender mit Recht, ist es erlaubt, daß die Regierungssoldaten die Plätze für die „Engros Händler“ freigehalten. Wenn es erlaubt ist, in diesen Straßen zu handeln, warum denn nicht in erster Linie den kriegsbeschädigten?

Vielleicht ähert sich einmal die Verkehrspolizei dazu.

## Rigoreuse Steuerbeitreibung.

Die Steuerveranlagung hat in diesem Jahr viel längere Zeit in Anspruch genommen als sonst. Erst in diesen Tagen sind die Steuergettel angestellt worden, so daß bereits die Steuern für zwei Quartale fällig sind. Anstatt einzusehen, daß es der Masse der Bevölkerung nicht möglich ist, diese hohen Beträge, die meistens mehrere Hundert Mark betragen, sofort und auf einmal zu zahlen, wie und von diesen Seiten mitgeteilt, bei der Steuerbeitreibung häufig außerordentlich rücksichtslos vorgegangen. Demgegenüber muß verlangt werden, daß bei der Beitreibung der Steuern die persönlichen Verhältnisse des Steuerzahlers berücksichtigt werden und alle unnötigen Härten vermieden werden. Wo trotzdem Rücksichtslosigkeit der Steuerbehörden vorzukommen, erhebe man dagegen Beschwerde.

## Eine Ohrfeige für den „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ hat am 7. September unter der schändlichen Überschrift: „Massenprotest ohne Massen“ einen Bericht gebracht über die Demonstration der Charlottenburger Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten, in dem er sich über die gegen die gesetzlich unberücksichtigte Verabstimmung ihres Führers Liebt demonstrierenden Kriegsbeschädigten lustig machte. Diese schmutzige Verichterstattung hat bis in die Kreise der treuesten „Vorwärts“-leser selbst große Empörung hervorgerufen. Die Ortsgruppe Charlottenburg des rechtssozialistischen Reichsbundes der Kriegsbeschädigten sieht sich veranlaßt, uns folgendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu überreichen: „Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Charlottenburg, erklärt hiermit, daß er mit dem Artikel im „Vor-

wärts“ vom 7. 9. 19 betreffend „Massenprotest ohne Massen“ absolut nichts gemein hat und den Artikel auf die härteste zurückweist. Er erlucht im Interesse der Sache des Kriegsheldes, derartige Artikel zu unterlassen.“

Wenn der „Vorwärts“ freundliche Reichsbund der Kriegsbeschädigten mit einer derartigen Erklärung gegen den „Vorwärts“ sich an uns wenden muß, so kann man ersehen, wie stark die Enttäuschung der Kriegsbeschädigten über die Inaktivität des „Vorwärts“ ist. Hoffentlich ziehen die Kriegsbeschädigten die für jeden anständigen Menschen selbstverständliche Konsequenz dieses Schmutzblattes zu meiden.

Die Lazarettinsassen des Garnisulazaretts II in Charlottenburg, Thuringer Allee, überreichen uns eine Beschwerdechrift, worin sie sich darüber beklagen, daß sie dieses Lazarett räumen und in ein anderes, weniger gut geeignetes überföhren sollen. Sie führen an, daß es sich um überwiegend innerlich Kranke, zum Teil Augenranke handelt, denen die ruhige und sanitär günstige Lage des Charlottenburger Lazarett sehr zuhalten kam. Die Beschwerde führt behaupten, daß der Oberarzt Dr. Ganger, der die Kranken behandelt, ihnen nun das Lazarett zugewiesen ist, zu bequemen ist, den Weg von seiner Wohnung am Kurfürstendamm nach Tempelhof zu machen, was ursprünglich die Kranken untergebracht werden sollten. Sollte das wahr sein, daß die Militärinspektion die Bequemlichkeit eines Arztes über die Bedürfnisse der Kranken stellt?

Zu dem Leichenfund im Teltowkanal wird mitgeteilt, daß das tote Mädchen gestern als die am 12. April 1909 geborene Arbeiterin Emma Carl festgesetzt worden ist, die in der Pantoffelstraße 103 bei ihrem Stiefvater Woldemar wohnte. Das Mädchen war seit dem 18. August von der elterlichen Wohnung weggegangen. Ob es einem Verbrecher in die Hände gefallen ist, bedarf noch weiterer der Aufklärung.

Ein großer Dachstuhlbrand wütete gestern mittag gegen 1 Uhr in dem Hause Schillerpromenade 11, Ecke Steinmehlsstraße in Neukölln. Der Dachstuhl war in einem Zeitraum von etwa einer Stunde niedergebrannt. Die Feuerwehr hatte drei Stunden zu tun, ehe sie den Feuers Herr werden konnte. Da das Feuer zu gleicher Zeit an mehreren Stellen ausbrach, wird Brandstiftung vermutet.

Vorträge über Speisefische im Märkischen Museum, am Donnerstag, den 18. und Freitag, den 19. September, abends 7 Uhr, nach Herr Roman Schulz, der Leiter der Bildungsstelle, im Vortragssaal des Märkischen Museums Vorträge über Speisefische zur Ernährung der im Oktober bevorstehenden Pilzausstellung halten. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Freie Hochschulgemeinde für Proletarier, Genosse Engelbert Graf wird heute abend um 7 Uhr in der Kochstr. 18, Zimmer 137, einen abschließenden Vortrag seines Rufus über Wirtschaftsgeographie halten. Der Arbeitsausschuß: gez. Fißler; i. G. Seide

# Aus dem Gemeindeleben.

Tempelhof. Sitzung der Gemeindevertretung am 11. September. Neueingeführte und verpflichtet wurden Gem.-Berat. Gundlach (R. S.) und die Edliffen Jung, Richter, Ewald und Burgemeister. Bei der Festlegung eines Tarifs für die Gemeindeeinkommensteuer, kritisiert Gen. J. T. die von der Regierungsentwurf, Richt 1600 M., sondern 3000 M. höherer Einnahmen wäre das mindeste. Wir verlangen vom Gemeindevorstand keine rigorose Eintreibung der Steuern vorzunehmen, sondern Stundungen und Ratenzahlungen Ratzzugeben. Da hierauf keine Antwort seitens des Bürgermeisters erfolgte, stellte Gen. Veder einen entsprechenden Antrag, der aber abgelehnt wurde. Rummel stimmte die U. S. V. gegen die Vorlage, die in folgender Fassung angenommen wurde: Einkommen bis 1800 Mark bleiben steuerfrei. Die Steuerhöhe bei einem Einkommen über 1800 M. bleiben steuerfrei. Die Steuerhöhe bei einem Einkommen über 1600 M. bis 3000 M. werden stufenweise um 50, 50, 70, 80, 80, 90, 90 und 10 Prozent herabgesetzt. Zur Deckung des Ausfalls an Steuer werden die Einkommen von mehr als 6500 M. mit 7 1/2 bis zu 80 Prozent herangezogen. Die Herabsetzung des Einkommensteuersatzes auf 300 Prozent wird mit den Stimmen der U. S. V. und E. V. abgelehnt. Hierbei kam es zu einer erregten Debatte. Die Kommission hatte sich in ihrer Mehrheit für 300 Prozent erklärt. Die Gem.-Berat. der vorgenannten Fraktionen traten aber jetzt für den bei der Statberatung festgelegten Satz von 200 Prozent ein und hielten eine Herabsetzung im Interesse der Bevölkerung nicht für angebracht. Folgende Beamtstellen wurden bewilligt: Drei Obersekretäre, 1 Sekretär, 1 Kassenführer, 1 Dipl.-Ingenieur, 4 Bausekretäre, 1 Zeichnerstelle. Zur Prüfung der Verbesserung mit Hausbrandholz sowie zur Abhilfe der Wohnungsnot wird eine Kommission von je sieben Mitgliedern gewählt.

Nieberbachhausen. Eine größere Hoff der Köpffsteuerveranlagung des Ortes haben in einer Sitzung von der Gemeindevertretung die Herabminderung der Steuerzuschläge verlangt, wie sie am 23. Juli d. J. beschlossen waren, und bei Nichtbewilligung drohen 25 von diesen, in „Mittlere“ Orte zu geben, um so der Gemeinde ihren Anhang einer gerechtem Steuerpolitik zu durchsetzen. Genosse D. liegt heute in treffenden Ausführungen diese Steuerüberbegerlei, die von den deutschnationalen Kreisen lebhaft Unterstützung und Verteidigung gefunden hätte. Die Angelegenheit wurde der Finanzkommission übergeben. — Mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Eingemeindung nahe bevorstehe, wurde gegen die Stimmen unserer Partei beschlossen, noch schnell sechs Ämtern zu Sekretären und einem Sekretär zum Obersekretär zu befördern und als Entschädigung erklärt, damit nur dem Beispiel anderer Gemeinden zu folgen. — Die einseitige und ertübbende Art der Verichterstattung des Amtes, „Rödel, Vorarbeiten“ über die Gemeindevorstellungen kennzeichnete Genosse J. u. K. und verlangte Abhilfe dagegen, die vom Bürgermeister in Rücksicht gestellt wurde. — Ein Antrag an den Kreisrat, der sich mit den Gesuchen der Niederbarnimer Kriegsbeschädigtenvereine beschäftigt, wurde auf Vorschlag des Lebensmittelausschusses einstimmig angenommen.

Hallenhausen. Die letzte Gemeindevorstellung beschloß u. a. einen energischen Protest gegen die ungenügende unpercehte Verfolgung mit Lebensmitteln bei dem Ernährungsminister zu erheben. Auf einen am 10. Mai eingereichten Antrag an den Regierungspräsidenten in Potsdam, der in der Lebensmittellieferung die Gleichstellung Hallenhausens mit dem benachbarten Gensan verlangt, ist vom Ernährungsminister noch kein Bescheid eingegangen. Es soll eine besondere Kommission beim Reichsernährungsminister vorgelegt werden. Die Sitzung beschäftigte sich dann noch mit der Wiederherstellung der durch die Kreiswasserwerkverwaltung beschädigten Bürgersteige sowie mit einer Reihe anderer Angelegenheiten.

# Lesen Sie die „FREIE WELT“ heute neu! Hest 16 heute neu!

# Nerven, die zur Verzweiflung bringen.

Viele Krankheiten, deren Ursache unerklärlich erscheint, sind nur eine Folge schwacher Nerven. Zahlreiche kleine und große Beschwerden des Menschen kann man sich oft nicht erklären. Sie kommen wie von selbst, nichts hilft dagegen. Mächtig verschwinden sie, wie gekommen. Nur andere Störungen machen sich dafür bemerkbar. Ein Uebel löst das andere ab, so daß sich gewaltig Mensch in einem Jahre 305 verschiedenen Krankheiten haben kann.

Doch sind diese Beschwerden durchaus nicht eingebildet, sondern sie bestehen wirklich und stehen auch in engem Zusammenhange untereinander. Das Nervensystem ist erschöpft. Oft scheinen diese Uebel und Störungen mit den Nerven gar nichts zu tun haben, aber wenn man sich genauer beobachtet, so wird man das eine oder das andere der folgenden Anzeichen von Nervosität bald feststellen können, und manchmal auch mehrere davon: Zittern der Glieder, besonders der Hände, Köpfe und Zehen in den Muskeln, Gefühllosigkeit einzelner Hautstellen, Jucken der Augen oder der Nase, seelische Verstimmung, Schlafstörungen, Unruhe ohne Ursache, Verdauungsbeschwerden nach Aufregungen, Krämpfen der Haut, beunruhigende Träume, Kopfschmerzen, Müdigkeit, besonders am Morgen usw.

Die ernstesten Zeichen schwerer Nervenschwäche sind die oft wiederkehrenden Kopfschmerzen, die Schloßlosigkeit, die Müdigkeit, die schnelle geistige Ermüdung, die Gedächtnislosigkeit, die leichte Reizbarkeit und schlechte Laune. Nehmen Sie diese kleinen Warnungssignale der Natur nicht leicht, denn Nervenschwäche holt das Beste des Lebens aus!

Georg Gellert'sche, Colloide, Schloßsalz und Lehmnugen sind schon häufig aus unscheinbarer Nervenschwäche entstanden.

Auch Schstörungen, sogar Erblindungen, besonders bei Rauchern und Trinkern, treten als Folge von Nervenschwäche auf. Schon leichte Nervenschwäche bringt viele Unannehmlichkeiten mit sich. Das Familienleben leidet darunter, besonders aber die geschäftliche Tätigkeit läßt nach, weil die Energie und die Ausdauer erlahmen.

Der Gesunde ist dem Nervösen gegenüber im Geschäft stets im Vorteil. Der Gesunde trifft mit überlegener Ruhe schnell entscheidende zielbewusste Anordnungen, die ihm Vorteil bringen, während der Nervöse zerstreut, heftig, aber doch dochhaft handelt und sich von seinen Plänen und seiner Reizbarkeit zu unbedeutendem Tun hinführen läßt, das ihm Nachschläge bringt, die ihn dann um so mehr ärgern und entmutigen.

Nervosität ist oft der unerkannte Grund von manchem der schlimmsten Leiden. Was ist dagegen zu tun?

Der beste und einfachste Weg ist Stärkung der Energie durch Ruhe, Erholung und geeignete Ernährungsmittel. Doch Ruhe findet der Nervöse nicht, selbst wenn er Zeit und Gelegenheit dazu hat, also auch keine Erholung. Rührung genug finden die Nerven in den täglichen Speisen, aber sie nehmen diese nicht auf, weil sie zu sehr erschöpft sind, daher bedürfen sie der Anregung. So wie Salz und Benzol anregend auf den Appetit wirken, so wirkt „Kolo-Dulz“ anregend und belebend auf die Nerven. Hierzu ist Kolo-Dulz wirklich ein geeignetes Mittel, denn es enthält nach der Analyse bekannter Chemiker nichts, was schaden könnte. Geringfügige Versuche von Kindern und Tieren haben bewiesen, daß Kolo-Dulz ein gutes Mittel zur Anregung der Nerven und besonders des Gehirns ist und so Kraft

und Leben spendend auf den ganzen Körper wirkt. Kolo-Dulz bewirkt Lebenslust und Schaffensfreude sowie das Gefühl der Jugend und seiner Tatkraft, die Erfolg und Glück verleiht.

In diesen Fällen, wie es vorliegende Briefe beweisen, hat Kolo-Dulz gute Erfolge erzielt.

Nehmen Sie Kolo-Dulz eine Zeitlang. Ihre Nerven werden angeregt, die Schwäche wird häufig nachlassen, und Sie werden sich dann bedeutend wohler fühlen. Ist dies so vollkommen, dann läßt sich zeigen, daß ich Ihnen ganz genau umsonst eine Probe senden werde, wenn Sie mir Ihre Adresse mitteilen.

Versuchen Sie diese Wirkung der Großprobe, sie ist groß genug, um Ihnen gutzutun. Sie wird Ihnen ganz vorzüglich bekommen, und Sie werden mit dankbar sein, Ihnen durch postweise, kostengünstige Zufendung von Kolo-Dulz Gelegenheit gegeben zu haben, ein so gutes und reelles Mittel kennenzulernen, das keine Prüfung zu scheuen braucht. Ich garantiere, daß Kolo-Dulz keine schädlichen Bestandteile enthält, und daß es mit größter Sauberkeit hergestellt ist, so daß es von jedem gut vertragen wird. Die Anwendung ist ganz einfach, das Gelingen sehr angenehm.

Gleichfalls ganz umsonst füge ich der Probeendung noch ein kleines, sehr unterhaltendes Buch bei, welches Ihnen in klarer, einfacher Sprache alles Wissenswerte über Nerven und ihre Leiden sowie über Nervenmittel erzählt.

Je länger Sie leiden, je mehr verkürzen Sie Ihr Leben, bestellen Sie also jetzt gleich Ihre Großprobe, sie kann Ihnen gute Dienste leisten. Schreiben Sie recht deutlich Ihren Namen und Ihre Wohnung auf eine Postkarte und adressieren Sie diese an Dr. G. Dulz, Berlin SO 33, Nr. 618.

## Theater und Vergnügungen.

**Volksbühne.** Theater am Hüttenweg, 7 Uhr: Mass für Mass.

**Opernhaus.** 8 Uhr: Die letzten Willen von Windsor.

**Schauspielhaus.** 8 Uhr: Die Räuber.

**Deutsches Theater.** 7 Uhr: Und das Licht schloß sich in der Finsternis.

**Kammerspiele.** 8 Uhr: Gespensternacht.

**Königsplatz.** Theater 1-4, 7 Uhr: Zum ersten Male! Kabale und Liebe.

**Berliner Theater.** 8 Uhr: Die Dame im Frack.

**Wintergarten.** 7 Uhr: Varietévorstellung.

**Lossing-Theater.** 7 Uhr: Liebes Schöpfer.

**Deutsch Künstler-Theater.** 7 Uhr: Die letzten 24 Stunden.

**Casino-Theater.** 8 Uhr: Mädel und Heubinder.

**Großstadt-Pflanzen.** 7 Uhr: Die schwarze Witwe.

**Residenz-Theater.** 8 Uhr: Das höhere Leben.

**Theater am Köthener Tor.** Tel. Moritzpl. 1434. 7 1/2 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr:

**Elite-Sänger.** 8 Uhr: Die letzten 24 Stunden.

**Trianon-Theater.** Tel. Friedrichstr. 12. 4927 3201. 8 Uhr: Der gute Ruf.

**Walhalla-Theater.** 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

**Vergnügungs-Palast Groß-Berlin.** Hasenheide 13-15.

Heute Mittwoch, 17. Sept., ringen: Komatz gegen Walschke.

Zwei große Entscheidungskämpfe Günther Bordelais gegen Gebhardt.

Romanoff gegen Walschke.

Richter gegen Walschke.

Dieser Kampf soll stattfinden, da das erste Zusammenreffen beider Konkurrenz außerhalb der Ringkämpfe stattfand.

Beginn des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr, der Ringkämpfe 8 1/2 Uhr.

Vorher: Spezialitäten-Programm.

Hufeland-Lichtspiele Hufelandstraße 45.

Durch die Gründung der Hufeland-Lichtspiele erhält das Böttzow-Viertel eine Kino-Konkurrenz wie sie bisher dieser Gegend fehlte.

Die besten Erzeugnisse der Filmkunst, vorzügliche Bilder, gute stimmungsvolle Musik, bequeme Räume - das ist das, was die Hufeland-Lichtspiele ihren Gästen bieten.

Zweimal wöchentlich neues Programm.

## „Criminalia“

Detectiv-Institut + BERLIN W 52, Lutherstrasse 5

Direktion: H. Köhl. Telefon: Lützow 61. Telegramm-Adresse: Criminalia-Berlin. Das Institut beschäftigt in seinen Spezial-Abteilungen: Kriminal- und Strafsachen sowie Privatklagen, Zivil- u. vermögensrechtliche Angelegenheiten, Ermittlungen und Beobachtungen aller Art im In- und Auslande, Reisebegleitung, Wohnungsschutz, Transportbewachung und Kontrollen, Angelegenheiten des Handels und der Industrie. Vertreten auf allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.

## Wir färben

gut, zeell, billig, schnell. In 3-5 Tagen. Radtke Grundmann Berlin S. 14 Dresdenener Straße 34-35, Luisenhof. Tpl. 7348. Richers Tpl. 7348.

## Zähne 3 Mark! 5. - Mark

mit echtem Friedens-Rautschuk. schone, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie. Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis! Spezialität: Zähne ohne Gumen!

## Zahnpraxis Hatvani

Danziger Straße 1. Echte Schloßhauser Alben, Flaggen-Danziger Straße, Sprechstunden von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertags 9-12. In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

## Möbel

In großer Auswahl und guter Ausführung auf Bar oder Kredit! Möbel-Gross. Große Frankfurter Str. 141 Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstraße. Kriegeranleihe und Sparanleihen nehmen in Zahlung.

## Zigaretten

aus garantiert reinem orientalischem Tabak, Goldmundstück, erste Klasse Qualitätsmarke, 1000 Stück M. 270.- Englische Zigaretten div. Marken aus hohem Virginia-Tabak 1000 Stück M. 270.- Raucht abak rein libanesisch und gemischt, sehr preiswert, Verkauf nur am Lager oder Versand gegen vorherige Kasse. M. Guttman, Berlin O. 27 Alexanderstr. 22. 8-5 Uhr.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegen der Droschkenträger Friedrich Jänicke am 5. d. Mts. im Alter von 71 Jahren, - der Rollstuhler Lou's Günther am 8. d. Mts. im Alter von 62 Jahren, - der Müllschaffner Stanislaus Lehmann am 9. d. Mts. im Alter von 63 Jahren, - der Brotträger Heinrich Stündel am 10. d. Mts. im Alter von 65 Jahren verstorben sind. Ehre ihrem Andenken! Die Bezirksverwaltung.

## PELZ-Waren

en gros - Export Einzelverkauf wie alljährlich preiswertestes Angebot in Kraken, Muffen und Pelzhüten, Facharbeiten in großer Auswahl. - Reparaturen prompt und billig. Ad. Abramson Nachf. 26' Neue Königstr. 26' Küchen enorm billig, direkt aus Spezialgeschäft Tischler Walter Sieben Berliner Straße 15. Photoapparate Ankauf Tausch Verkauf Photo-Steckelmann, W. 9, Potsdamer Str. 133.

## Zähne naturgetreu

wie echte. Friederichsdruck, bestes Material, pro Zahn 4.- M. und 6.- M. Keine Kriegsware. Spezialität: Goldkronen von 30.- M. an. Teilzahlung gestattet. Garantie 5 Jahre. Schonendste Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse. Zahnziehen unentgeltlich. Reparaturen, Umarbeitungen sofort. Max Fabian, Dentist Neue Königstr. 38 I. 2 Min. vom Alexanderl.

## Möbel-Cohn

in Osten: Große Frankfurter Straße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz) in Norden: Radstraße 37 48 Möbel gegen bar oder Teilzahlung Spezialität: bürgerliche Wohnungseinrichtungen Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polsterwaren, farbige Küchen, einzelne Möbel. Riesige Auswahl. - Brillante Preise. Sehr kulant. Niedrigste und größte Rückzahlung. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärt. Gebraute Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe und Sparanleihe nehmen gern als Anzahlung.

## Färberei Brillant G. m. H.

Berlin W 30, Frankenstrasse 9 Tel.: Lützow 2061, Noifendorf 1614 färbt brillant alle Farben. Lieferzeit 4 Tage, Trauersachen 24 Stunden. Abholung und Lieferung kostenlos.

## Ein neuer Boru

Ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen unheimlichen Krieg ihrer halbtägigen Tätigkeit, ihres Lebensunterhalts beraubt sind. Allen die unterworfen wurden, empfehlen wir daher dringend ihre Vorbereitung zu treffen, die sie in Verbindung zu haben, Examen oder Prüfungen nachzuweisen, welche kaufmännische oder banktechnische Kenntnisse, ergaben, eine landwirtschaftliche Fachrichtung zu erwerben oder technisches und fachwissenschaftliches Lernen zu vollenden. Verlangen Sie daher noch heute unsere neue starke Broschüre K 202 über die Selbstverwirklichungsmethode Kustin oder ihr technisches und kaufmännisches schulisches Bildung die 10 S. starke Broschüre K 213 über das System Kurnack-Bachfeld mit dem und portierl. Siegel und Beral. bis zu 1000000. Bonnet & Hachfeld, Verlagsbuchhändler, Potsdam.

## Künstliche Zähne

mit echtem Parakautschuk, Goldkronen u. Brillanten, Präzisionsarb., von u. Umarbeit. seit über 30 Jahre. Keine Luxuspreise. Zahnarzt Gröber, Privatambulanz, an der Dresdenstr. 10. Preis: Moritzplatz 17. FOTO-VERGRÖßERUNGEN. Streng reell! Beste Ausführung! Mäßige Preise! Verlangen Sie sofort meinen aufklärenden Prospekt. „RHAFOK“ Potsdam.

## Blondes Gift

Sittenschauspiel in 5 Akten Hedda Varren, Schauspiel, Ernst Deutsch. Detektivschauspiel in 4 Akten. Gr. Musikhalle.

## Mila-Lichtspiele

139 Köthener Allee 130. Blondes Gift. Nach dem Roman von Paul Loegre schließt die Drama menschlicher Leidenschaft. Dazu den die größten Lustspiel-Schlagert: Emil hat Zahnschmerzen. Vorstellung 8.30 und 10.15 Uhr.

## Konditorei u. Café Kohnenstufen

Köthener Damm 76, Inh. Otto Pollmann, mit sich den Genossen bestens empfohlen.

## Schaubühne Moritzplatz

früher Wagnersaal. Dir.: Schwarzer Ritter. Persönliches Auftreten von Ernst Lubitsch und Offi Oswald. Ferner das Riesens-Varieté-Programm. Bier-Restaurant. Einzige Bühne zum Einheitspreis von 2 Mark. Anfang 8 Uhr.

### Der Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

In der ersten Woche im September tagte in Nürnberg der Verbandstag des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes. In den ersten Sitzungen hatte es den Anschein, als ob es eine Einigung nicht geben könne. Der Angriff von links setzte mit aller Schärfe ein und lockte dadurch die Vertreter des Bundes der Gewerkschaften Deutschlands, umbreit, auf den Plan. Dessen Ausführungen bewiesen, daß aus der oppositionellen Minorität eine Majorität wurde. Soweit es sich um lokale Differenzpunkte handelte, waren die Beschlüsse eine Ableitung von rechts, ein gewaltiger Ausbruch nach links. Ein großer Teil der Mitglieder hätte gewünscht, im diesen Reichslagen auch die strikte Durchführung zu sichern, auch bei der Besetzung der Posten des Gewerkschaftsleiters der Bund nach links angehalten hätte. Aber hier sprachen sich die Kollegen der Gewerkschaften mit. Schließlich sprach man, daß innerhalb der jungen Opposition die genügende Anzahl von Kräften noch nicht vorhanden ist. Auch liegen sehr viele Delegationen von dem Hauptpunkt leitend, nachdem der Verbandstag seine Stimmeneinigung in linksrevolutionärem Sinne geäußert, werden auch die Mitglieder nach außen in dieser Richtung wirken. Für die Verwirklichung kommt ja das Statut in Frage, für das kommende Winter des Verbandes das Programm und die Entschlüsse, die die Sozialisierung und zur Mitarbeiterfrage weist. Sie ist das politische Mandatsbestimmnis des Verbandes, und es ist deshalb zweckmäßig, die zur Kenntnis der Allgemeinheit zu bringen; sie lautet:

Der achte Verbandstag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Deutschlands fordert die Einordnung des Mitarbeiterrechts in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staat und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.

Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unverzüglich durchzuführen, auf den Gebieten des Bergbaus und der Energieerzeugung (Stahl, Wasser, Kraft, Elektrizität der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion und des Bank- und Versicherungswesens). Grundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Vergesellschaftung hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Verwirklichung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, sowie durch Förderung der Genossenschaft für höchsten Leistungsfähigkeit zu sorgen. In den Stämmen ist sozialer Bewußtsein an Grund und Boden in Gemeindegemeinschaft zu überführen und ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen. In der Gegenwart, daß das vom Verfassungsausschuß ausgearbeitete Vertriebsratsgesetz ein Hindernis ist, und nicht dazu dient, einen Einfluß der Betriebsräte in den Verwaltungen der Staat- und Gemeindebetriebe zu sichern, und die noch bestehende Bureaukratie zu beseitigen, fordert die in den Gemeinde- und Staatsbetrieben organisierte Arbeiterschaft das unbeschränkte Kontrollrecht der Betriebsräte über die Betriebsvorgänge lautmännlicher und gewerkschaftlicher Natur.

Die Entschlüsse des Verbandstages, die mit 76 gegen 50 Stimmen angenommen wurde, hat mehr als theoretische und propagandistische Bedeutung. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist die einzige Gewerkschaft, die diese Organisationsform das Prinzip der Betriebsräte in seinen Zusammenfassung der Arbeiterschaft konsequent durchgeführt hat. Im Bereich des Verbandes wird sich nach dem Verbandstag die Leitung auf die Förderung der Betriebsräte in den Verwaltungen der Staat- und Gemeindebetriebe zu sichern, und die noch bestehende Bureaukratie zu beseitigen, fordert die in den Gemeinde- und Staatsbetrieben organisierte Arbeiterschaft das unbeschränkte Kontrollrecht der Betriebsräte über die Betriebsvorgänge lautmännlicher und gewerkschaftlicher Natur.

Die Entschlüsse des Verbandstages, die mit 76 gegen 50 Stimmen angenommen wurde, hat mehr als theoretische und propagandistische Bedeutung. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist die einzige Gewerkschaft, die diese Organisationsform das Prinzip der Betriebsräte in seinen Zusammenfassung der Arbeiterschaft konsequent durchgeführt hat. Im Bereich des Verbandes wird sich nach dem Verbandstag die Leitung auf die Förderung der Betriebsräte in den Verwaltungen der Staat- und Gemeindebetriebe zu sichern, und die noch bestehende Bureaukratie zu beseitigen, fordert die in den Gemeinde- und Staatsbetrieben organisierte Arbeiterschaft das unbeschränkte Kontrollrecht der Betriebsräte über die Betriebsvorgänge lautmännlicher und gewerkschaftlicher Natur.

### Gewerkschaftliches.

#### Wer treibt „Katastrophenpolitik“?

Dem „Vorwärts“ ist es unedquem, daß wir im Zeit- und unser getragenen Morgenausgabe auf die große Bedeutung der Bewegung in der Berliner Metallindustrie für die gesamte Arbeiterschaft und die zukünftigen sozialen Kämpfe hingewiesen haben. Wir haben es dagegen für notwendig, daß eine jede Teilbewegung, besonders aber eine so gewaltige soziale Auseinandersetzung, wie sie gegenwärtig in der Berliner Metallindustrie im Gange ist, im Rahmen der gesamten politischen und sozialen Bewegung betrachtet wird. Erst dann ist es möglich, ihre Bedeutung und Wirkung für die gesamte Wirtschaft zu verstehen. Eine solche Betrachtungsweise bedeutet natürlich nicht, daß wir den Kampf gegen, die Bewegung möge recht weit über ihren ursprünglichen Kreis hinaus wirken und „unnützig, für das gesamte Wirtschaftliche verhängnisvolle Kämpfe herausbescheiden“, wie der „Vorwärts“ uns unterstellt. Auch wir finden den Kampf „unnützig“, auch wir haben den Wunsch, daß es gelingen möge, einen für beide Teile befriedigenden Ausgleich herbeizuführen. Aber wir legen Wert auf die Feststellung, daß sich die Organisation der Metallarbeiterverbände in einem solchen Ausgleich herausbildet, und wie und gewiß, daß sie diese Verhandlungen nicht aufgeben wird. Die Industriellen dagegen haben alles getan, um den Ausgleich zu erschweren und auch der „Vorwärts“ gibt zu, daß das Unternehmensrecht je früher, desto lieber die durch die hohen Kosten der Lebenshaltung bedingten Löhne wieder herabzusetzen möchte. Die Industriellen haben dabei die fleißige Unterstützung der Schlichtungsinstanzen gefunden. Die tieferen Ursachen für die Vorkriegszeit des Unternehmens, die die Sehnsucht nach „Katastrophenpolitik“ deutlich erkennen läßt, und das unsozialen Verhalten der Schlichtungsämter nachzuweisen, war der Zweck des

Artikels. Die Arbeiterschaft ist zu nutz, um darin eine Unterstützung zur „Katastrophenpolitik“ zu erblicken.

### Die Schließung der Spandauer Staatswerkstätten.

In einer gestern vormittag im Berliner Preiser Ratgeordneten Versammlung mehrerer tausend Arbeiter und Angestellten der Spandauer Staatsbetriebe gab die Dreierkommission Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium. Es folgte eine ausführliche Auswertung der Verhandlungen. Die Gewerkschaften bei den Verhandlungen stellten fest, daß ein Wirtzen der Arbeiter und Angestellten beim Anspruch der Kündigung nicht erfolgt ist. Insbesondere hat der Demobilisationskommissar Wild seine Zustimmung gegeben, denn dieser beklagte sich im Laufe der Verhandlungen bitter, daß man ihn überhaupt nicht befragt hätte. Die Berufsverhandlungen fanden also außer Acht für die Arbeiterschaft. Da erließ im letzten Augenblick, als die Verhandlungen bereits vor ihrem Abschluß standen, die Regierung ihre berüchtigte Verordnung vom 3. September, deren § 14 besagt, daß zwar vor jeder Kündigung der Arbeiterschaft befragt werden muß, daß aber überall da, wo diese Vorschrift nicht beachtet wird, die Wirksamkeit der Kündigung deswegen nicht aufgehoben wird. Bei Schließung von Betrieben oder Übergang in Privatbesitz findet diese Verordnung überhaupt keine Anwendung. Nach allgemeinem Rechtsgebrauch hätte eine solche Bestimmung nicht auf ein bereits schwebendes Verfahren angewendet werden dürfen. Um dies aber doch zu erreichen, denn die ganze Verordnung war ja eigens auf den Spandauer Fall zugeschnitten, wurde ein § 27 geschaffen, der dies hemmschlechte. Die ganze Sache ist also wieder nichts als ein ganz willkürlicher Einseitigkeit der Regierung in die durch die Verfassung garantierten Rechte der Arbeiterschaft. Doch man es vor Standau nicht allein, sondern auf die Staatsbetriebe überhaupt anzuwenden hat, das bezeugen die überall in dem Reich erlösenden Beispiele. Der Vertreter der Metallarbeiter des 18. A. R. zu Frankfurt a. M. Sauer teilte mit, daß der Chef des Stabes des 18. A. R. offen erklärte, daß die Kapitalisten und Reichswehrsoldaten das Vortrecht auch vor den Kriegsbeschädigten haben werden. In Frankfurt haben sich daher Angestellte und Arbeiter solidarisch erklärt. Nur eine einzige Aktion der gesamten Angestellten und Arbeiterschaft ganz Deutschlands könne noch helfen.

Nach einer kurzen Diskussion beklagte Sauer noch die derzeitigen Zustände in den Spandauer Hüttenbetrieben, die durch die Absicht der Regierung erkennen lassen, die Betriebe nur dem Privatkapital zuzuführen. Gegen 1 Stimme wurde eine Resolution angenommen, die das arbeiterfeindliche Verhalten der Regierung aufdeckt und von der Generalkommission der Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter verabschiedet, die bereits eingeleiteten Nachbemerkungen mit allem Nachdruck zu führen.

### Die Tarifverhandlungen in der Herren-, Damen- und Uniform-Waarenbranche in Rassel.

Am 1. Mai d. J. sind sämtliche mit dem Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe abgeschlossene Tarife gekündigt worden. In über 10 Jahre altes Tarifgebäude kam damit ins Wanken. Über 200 Orte mit circa 30.000 Arbeitern und Arbeiterinnen arbeiten seit dem 1. September unter einem Provisorium mit Prozentzuschlägen. Welches sind nun die Forderungen der Arbeiterschaft? 1. Abschaffung der Heimarbeit. 2. Einführung von Betriebswerkstätten. 3. Entlohnung an Stelle der feierlichen Stücklöhne. 4. Einführung der Betriebsräte in das Tarifgebäude. 5. Aufbau der Löhne nach Stunden.

Sieben Tage haben unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandelt. Und was ist das Resultat? Die Einführung des Zeitlohnes lehnen die Arbeitgeber ab. Durch die Unparteiischen wurden folgende Schiedsprüfung gefordert: 1. Ein Garantielohn von 87,5 Prozent bei voller Arbeitswoche, steigend bis 95 Prozent bei verkürzter Arbeitszeit. 2. Für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Arbeitsleistung unter Dreiviertel der Normalleistung herunterfällt, tritt volle Vereinbarung im Unternehmen mit dem Betriebsrat in Kraft. 3. Nach neun Monaten drei Tage, nach einem Jahr sechs Tage Ferien unter voller Bezahlung. Günstigere Bedingungen bleiben in Kraft. 4. Die Arbeitszeit ist eine 48stündige unter Beibehaltung bestehender fünfjähriger Bedingungen. 5. Überstunden. Bis drei Stunden 33 1/2 Prozent, bis 6 Stunden 66 2/3 Prozent, darüber hinaus sowie Nacht- und Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag. 6. Das in Wännen vereinbarte Stundenlohn wird in einer Kommission nachgeprüft. 7. Bei 8-10 Arbeitern ein Betriebsobmann, bei 10-50 Arbeitern ein Betriebsrat von drei Personen, bei 51-100 Arbeitern fünf Personen und über 100 Arbeiter sieben Personen. Bei Einstellung und Entlassung das Einspruchsrecht. Bei Erklaffung und Einrichtung von Werkstätten Arbeitseinteilung, Festlegung der Überstunden, Ferien, Lohnverhältnissen, Tarifsteigerungen das Mitbestimmungsrecht. Entlassungen von Betriebsräten und Comitern können nur mit Zustimmung der Organisationen erfolgen. In den Sitzungen der Tarifschiedsgerichte muß der Betriebsrat eingeladen werden. 8. Ueber die Heimarbeit bleibt es bei den bisherigen Beschlüssen. Besondere Kommissionen zur Beschaffung von Arbeiterinnen sind örtlich einzurichten und haben zu arbeiten.

### Die Lohnbewegung der Angestellten in den Kriegsorganisations.

Am 12. September fand eine Vollversammlung der Sektion der Angestellten der Kriegsorganisations des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen statt. Eintrüben referierte über den Stand der gegenwärtig geführten Verhandlungen mit den Reichsämtern und Direktoren über den Tarifvertrag. Er zeichnete in knappen Umrissen die große Notlage der Angestellten. Infolge des überfüllten Abbaus der Wirtschaftskräfte, die eine ungeheure Schädigung der Masse der Konsumenten in sich schließt, sehen Tausende von Angestellten der Kriegsorganisations vor der Erwerbslosigkeit. Die Vertreter der Geschäftsleitungen befragten eine bessere Bezahlung der Angestellten der hohen Gehaltsklassen sehr, weil sie angeblich unentbehrlich seien für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes. Die große Masse der Angestellten ist nach ihrer Meinung ohne weiteres zu morgen zu stehen. Auch meinen sie, daß die Angestellten viel verdienen, aber wenig arbeiten wollen. Von den Vertretern der freien Gewerkschaften wurde diesem vorantastlichen Standpunkte auf das schärfste entgegengetreten. Insbesondere teilt der Referent noch mit, daß die Vertreter der Reichsbehörden neben der prozentualen Kürzung der Gehälter der weiblichen Angestellten in Bezug auf die Anrechnung einer schomonatigen Tätigkeit innerhalb einer Kriegsorganisation eine weitere prozentuale Verringerung für die weiblichen Angestellten durchzuführen versuchen. Von männlichen Angestellten wird auf der vereinbarten Grundgehälter ein Zuschlag von 50 M. bei einer sechsmonatigen Tätigkeit angerechnet, während man den weiblichen Angestellten nur 30 M. zuzulassen wolle. Wegen dieser Auffassung der Reichsämter erhob die Versammlung stürmischen Protest.

Auf Anregung in der Diskussion wurde das Plenum der Verhandlungskommission um eine Majorität vergrößert. Am Schluß der Versammlung wird Deutschland und noch auf die am 1. Oktober bevorstehende Verschmelzung mit dem Verband der Bureauangestellten und dem Verband der Deutschen Versicherungsbeamten hin. Die Sektion halte daher mit dieser Sitzung über letzte eigene Vollversammlung ab und werde in den nächsten Wochen in Verbindung mit dem Verband der Bureauangestellten eine gemeinsame Mitgliederversammlung einberufen, um den weiteren Aufbau der freigewerkschaftlichen Sektion der Angestellten in den Kriegsorganisations vorzunehmen.

### Streik in den chromolithographischen Anstalten und photographischen Kunstbrudrinstuten.

Eine gestern nachmittag im „Deutschen Hof“ von 2000 Personen besuchte Versammlung der in den obigen Anstalten Beschäftigten nahm mit Entschiedenheit den Verfall der Unternehmer Kenntnis. Die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen sind am 20. August d. J. nach 77stündiger Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des unparteiischen Landgerichtsrats Dr. Bullst folgendermaßen festgesetzt: Der Wochenlohn soll betragen für männliche Arbeiter 105 bzw. 95 M., für ungelübte Arbeiter von 18-21 Jahren 75 M., für weibliche Arbeiterinnen über 18 Jahre 55 bzw. 50 M., unter 18 Jahren 50 bzw. 45 M., für ungelübte Arbeiterinnen von 14-18 Jahren 25-45 M.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer am 5. September tagenden Versammlung diesen Schiedspruch an. Der Termin für Annahme des Schiedspruchs war am 18. September abgelaufen; die Arbeiterschaft teilte die Annahme des Schiedspruchs dem Schlichtungsausschuß mit, die Unternehmer aber erklärten dem Schlichtungsausschuß, diese Löhne nicht zahlen zu können.

Aus dem ganzen Verhalten der Unternehmer erkennt die Arbeiterschaft nur eine Verhöhnung ihrer berechtigten Forderungen; die Versammlung beschloß deshalb nach eingehender Diskussion sich nicht mehr länger durch die Unternehmer hängen zu lassen und den Kampf aufzunehmen. Die Arbeit wird nicht eher wieder aufgenommen, bis die Unternehmer den Schiedspruch anerkennen haben.

Der Kampf der Post- und Telegraphenarbeiter um Anerkennung des Tarifs. Massenindignation und Reueinrichtungen, mit diesem Thema befaßte sich eine überfüllte Versammlung am Sonntag im Gewerkschaftshaus, welche vom Transportarbeiter-Verband, Sektion VI, einberufen war. Kollege Jensch gab den Bericht. Das Reichspostministerium habe endlich auf Drängen der Kommission am 5. September 1919 durch einen Vertreter mit und verhandelt. Unter den sachdienlichsten Gründen sei eine Position nach der ändern des Tarifs abgelehnt worden, z. B. für Postboten würde ein Reichsbeamtengehalt erlassen, die Löhne der Postkräfte und Reineinnehmer sollten tariflich nicht festgelegt werden, da die Beschäftigungsdauer vorbei sei. Die Löhne könnten nicht aufgebessert werden, da der Staat 1 1/2 Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel gegeben habe. Urlaub, Kündigung und Pensionierung solle reichsgesetzlich geregelt werden usw. Den Herren sei die Antwort gegeben worden, daß eine solche abschneidende Verhandlung als ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterschaft empfunden werde und alle Schritte unterzogen würden, die berechtigten Forderungen durchzusetzen. Durch Besetzung von Ämtern, Entlassungen sei eine große Erregung unter die Arbeiter erzeugt worden. Angehört sollen für die zurückbleibenden Kriegsgefangenen (ca. 800 Beamte) Plätze frei gehalten werden. Es sei festzustellen, daß Kinder unter 14 Jahren beschäftigt werden, ebenso auswärts Männer und Frauen. Bei notwendigen Entlassungen werde nicht nach den Bestimmungen des Demobilisationsamtes verfahren, sondern Krügerfrauen und Waisen entlassen und Frauen, deren Männer beschäftigt, behalten. Der Kontrolle werde großer Wert entgegengebracht. Richter und Postbeamte seien von autodidaktisch gehalten worden. — In der Debatte wurden die Ausführungen noch unterbrochen. Zwei Resolutionen gelangten zur Annahme, welche gegen die Verschleppungspolitik der Behörde protestiert, energische Schritte vom Verband verlangt, das Reichspostministerium anzufragen und die Kampfesenden verpflichtet, rege für den Transportarbeiter-Verband zu agitieren. Wegen Zahlung einer Wirtschaftshilfe gleich den Beamten wurde ein Telegramm an den Minister gefandt. Ein Antrag, daß von den zu erwerbenden Lohnaufbesserungen nur Organisierte betroffen werden sollen, fand Annahme. Zur Reichskonferenz wurden fünf Kandidaten gewählt.

Eine Mitgliederversammlung der Glaser Beschäftigten sich mit dem Anschluß an andere Verbände. Für Anschluß an den Bauarbeiterverband wurden in der Abstimmung 123 an den Holzarbeiterverband 1307, für Fortbleiben des Glaserverbandes 1429 Stimmen abgegeben. Nicht abgestimmt haben 822 Kollegen. Die Abstimmung hat sich also für ein Fortbleiben des Glaserverbandes entschieden. Fürsicht gab dann Vorschläge zur Änderung der Statuten bekannt. Der Beitrag soll in der I. Klasse 1,50 M., in der II. Klasse 1,30 M., in der III. Klasse 1,10 M., in der IV. Klasse 0,90 M., in der V. Klasse 0,70 M. betragen. Die IV. Beitragsklasse gilt für weibliche Mitglieder, die V. Klasse für Lehrlinge. Streikunterstützung in der I. Klasse 80 M., in der II. Klasse 60 M., in der III. Klasse 40 M. und in der IV. Klasse 20 M. pro Woche, für jedes Kind 1 M. pro Woche. Bei der Wahl und Anstellung von Lokalcomitern soll das Benützungrecht des Zentralverbandes ausgeübt werden. Für lokale Zweige sind 25 Prozent der Beiträge zurückzubehalten. Der Sitz des Hauptverbandes ist nach Berlin zu verlegen. Die Vorstandsmitglieder sind durch Wahl zu wählen. Der Verbandstag soll alle zwei Jahre stattfinden. Ein Drittel der Mitglieder oder die Hälfte der Lokalkomitees können auf Antrag einen außerordentlichen Verbandstag verlangen. Die Delegierten zum Gewerkschaftskongress sind durch Wahl zu wählen. Die Lokalcomitern sind von der Hauptliste zu bestehen. In der Debatte wurde verlangt, daß der Verband alle Unterstützungen ablehnen soll (außer bei Streiks und Notlagen) und wieder Kampforientation werde. Seit 7 1/2 Jahren hat kein Verbandstag stattgefunden, daher werde sofortige Einberufung desselben verlangt, und ein dahingehender Antrag angenommen. Zur Affordarbeit bei den Firmen Bußl Wagner und Heinersdorf wurde Stellung genommen und scharfe Angriffe gegen den Vorstand gerichtet, da Affidarbeit gegen den Tarif verstoße. Fürsicht verteidigte seine Zustimmung, da besondere Fabrikarbeit vorliege und die Frage im Bezug für seine Haltung maßgebend sei.

Der Verband der Bureauangestellten und der Zentralverband der Handlungsgehilfen, welche ab 1. Oktober durch ihren Zusammenschluß den Zentralverband der Angestellten bilden, halten am Mittwoch, den 17. September, nachmittags 4 Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Unter den Eichen 22/23, eine große öffentliche Versammlung für alle Bureau- und gewerblichen Angestellten der Reichs- und Staatsministerien und der direkt angegliederten Behörden ab. Die Versammlung ist von größter Bedeutung. Alles Nähere siehe heutiges Interim und Eintausenanschlag.

Krieg! Ausbrudrerei-Gilfsarbeiter und Arbeiterinnen! Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der U. S. V. und A. P. D. stehen, werden zu einer wichtigen Versammlung am Freitag, 19. d. M., nachmittags 5 Uhr, nach dem „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45, eingeladen. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Die für die einzelnen Berufe erforderliche Anzahl der Delegierten für den Schlichtungsausschuß Groß-Berling werden im Ae

